

Neue Arbeit, Gottfried-Keller Str. 18c, 70435 Stuttgart

An die
Kooperationspartner und Freunde des
Sozialunternehmens Neue Arbeit gGmbH

Gottfried-Keller-Str. 18 c
D-70435 Stuttgart
Telefon +49 (0)711 27301-0
Fax +49 (0)711 27301-166
chancen@neuearbeit.de
www.neuearbeit.de

Marc Hentschke-pr
Telefon +49 (0)711 27301-113
Fax +49 (0)711 27301-166
mhentschke@neuearbeit.de

Reportage in der Sendereihe ARD-Exclusiv am 15.07.2009

16.07.2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gestern Abend lief in der ARD in der Sendereihe „ARD-Exclusiv“ eine Reportage unter dem Titel „Armutindustrie“, in der u. a. die Neue Arbeit mit dargestellt wurde.

Vorab möchten wir der Journalistin, Eva Müller, danken, dass sie sich dem schweren und komplexen Thema angenommen hat. Seit einiger Zeit gibt es eine Schiefelage zwischen dem „dürfen“, dem „wollen“ und dem „was sinnvoll“ ist.

Die Neue Arbeit stimmt mit der Journalistin überein, dass Ein-Euro-Jobs nicht die bessere Alternative zu sv-pflichtiger Beschäftigung sind, ebenso halten wir es für eine ethische Frage, Menschen nicht mit sinnentleerter Arbeit zu beschäftigen. Beschäftigung bedeutet Tagesstruktur und für viele (nicht alle) ist es der erste Schritt aus der Isolation wieder hinein in die Gesellschaft.

Der WDR hatte sich bei uns vor knapp acht Wochen mehr oder minder eingeladen und hat in verschiedenen Projekten gedreht und Interviews geführt. Das uns angegebene Ziel der Reportage war, Menschen mit Problemlagen, die dennoch in Beschäftigung, teilweise in Arbeit sind, zu porträtieren und zu begleiten. Darüber hinaus sollte im Vergleich zueinander „sinnvolle“ und „sinnlose“ Beschäftigung dargestellt werden.

Durch die Reduktion der Komplexität ist einiges in der Reportage verloren gegangen. Damit können bei einzelnen Betrachterinnen oder Betrachtern durch den Bericht teilweise falsche oder verzerrte Eindrücke entstehen. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, um an einzelnen Stellen weiterführende Hinweise zur besseren Einordnung zu geben und grundsätzliche Positionen anzusprechen.

Abteilung des Sozialunternehmens NEUE ARBEIT gGmbH

Bankverbindung: EKK Stuttgart 0 416 436 [BLZ 520 604 10]

IBAN DE21 5206 0410 0000 4164 36, BIC GENODEF1EK1

Volksbank Rems 231 741 014 [BLZ 602 901 10]

Registergericht: AG Stuttgart HRB 8533, Ust-Id.Nr.: DE 147 860 825

Aufsichtsratsvorsitzender: Pfarrer Heinz Gerstlauer

Geschäftsführer: Marc Hentschke

Gesellschafter: Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.

Ambulante Hilfe Stuttgart e.V.



Die Neue Arbeit hat unterschiedliche Satzungsaufgaben. Neben „Begleitung“, „Stabilisierung“, „Qualifizierung“ ist eine weitere Aufgabe „Beschäftigung“. Diese kann außerhalb des Unternehmens (Vermittlung) oder innerhalb in eigenen Strukturen erfolgen. Bei der Umsetzung der Satzungsaufgaben bedient sich die Neue Arbeit verschiedener Hilfeformen und setzt unterschiedliche Programme und Maßnahmen um, die mehr oder minder finanziert sind.

Die CAP-Lebensmittelmärkte, die NintegrA, die Pension „SoNA“ und auch die Trampolinproduktion sind sogenannte Integrationsprojekte, die mit sv-pflichtigen schwerbehinderten Menschen und Maßnahmeteilnehmenden nach § 16e SGB II arbeiten (i.d.R. kommen bei über 40 % dieser Menschen noch besondere Problemlagen dazu). Die Arbeit geschieht auf Basis des § 132 SGB IX. Integrationsabteilungen sind nach der Abgabenordnung § 68 Abs. 3 unter bestimmten Bedingungen - unabhängig von dem Produkt oder der Dienstleistung - gemeinnützig. Dem Gesetzgeber war es wichtig, für Integrationsprojekte, in denen 40% besonders schwervermittelbare schwerbehinderte Menschen tätig sind, steuerliche Vorteile im Sinne eines Minderausgleichs einzuräumen. Eine zentrale Frage der Reportage, „Was ist an der Produktion von Trampolinen gemeinnützig“, erklärt sich damit aus der Beschäftigung der Zielgruppe (Schwerbehinderte) selbstredend.

Die Darstellung in der Reportage hat diesen Aspekt ausgeblendet. Vielmehr wird der Eindruck erweckt, dass die Herstellung der Trampoline im Schwerpunkt durch Ein-Euro-Jobber erfolgt. Dieses entspricht nicht den Tatsachen. Es handelt sich im Schwerpunkt um Maßnahmen nach § 16e und frei finanziert sv-pflichtiger Beschäftigung. Ein-Euro-Jobber sind nur unterstützend und zusätzlich tätig. Bei weniger händischer Arbeit und mehr Maschineneinsatz wäre der Einsatz komplett obsolet.

Der interviewte Beschäftigte ist ein Maßnahmeteilnehmer nach § 16e, somit hat er ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis, das tariflich (Tarifvertrag öffentlich geförderte Beschäftigung) entlohnt wird. Er ist kein Ein-Euro-Jobber.

Die Zusammenarbeit und das Engagement der Firma bellicon wird beispielsweise von „Aktion Mensch“ ganz anders beurteilt als in der Reportage. Bei Aktion Mensch liegt der Fokus auf der Chance, die den betroffenen Menschen eröffnet wird. Aktion Mensch verwendet mittlerweile den Kooperationsvertrag zwischen bellicon und der Neuen Arbeit als positives beispielgebendes Muster für Antragssteller.

Es ist schade, dass soziales Engagement, das Unternehmen wie bellicon zeigen, nicht entsprechend gewürdigt wird. Es gibt genug Unternehmen, die sich einer sozialen Verantwortung nicht stellen.

Es ist klar, dass bei dieser komplexen Materie, teilweise der Sachverhalt schwer zu verstehen ist bzw. um politische Aussagen zu befördern, teilweise verkürzt wird. Durch die Verkürzungen werden Positionen plakativer. Die Kehrseite ist, Sachverhalte werden inhaltlich entfremdet bis falsch.

So wird beispielsweise in der Reportage mit keinem Wort erwähnt, dass die öffentliche Hand sich seit Jahren Stück für Stück aus der Beschäftigungshilfe zurückzieht und Unternehmen wie die Neue Arbeit darauf angewiesen sind, am Markt Geld zu erwirtschaften, um das System überhaupt zu halten. In 2008 musste die Neue Arbeit von den 42 Mio. Euro Betriebsergebnis knapp 32 Mio. Euro am Markt erwirtschaften (76%), Im Vergleich 2002 lag der erwirtschaftete Anteil nur bei 18%, die öffentliche Förderung bei knapp 80 %.

Der Beitrag greift weder auf, dass die Menschen, die bei der Neuen Arbeit arbeiten, auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen haben, noch wird die Leistung gewürdigt, die es bedeutet, mit Menschen mit multiplen Problemlagen zu arbeiten. Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob alles perfekt sei, jeder der dargestellten Personen ohne Probleme arbeitet bzw. eine vollwertige Arbeitskraft wäre. Einschränkungen und Minderleistungsfähigkeit sind oft nicht offensichtlich und erst auf den zweiten Blick sichtbar.

Die Frage der Alternativen zu dem kritisierten System blieb ebenso ohne Antwort. Sinnvoll kann kaum sein, dass Menschen in unserer Gesellschaft dem Nichtstun und Dahinvegetieren überlassen werden, aber dafür in Schwellenländern zu Billiglöhnen mit widrigen Arbeitsbedingungen gearbeitet wird.

Politisch taugt der Beitrag bedingt zum Anstoß einer öffentlichen Diskussion über den Sinn und das Anliegen der öffentlich geförderten Beschäftigung - eine Diskussion, die die Behindertenhilfe und die Justizvollzugsanstalten schon hinter sich haben. Bei den beiden Hilfeformen steht es außer Frage, dass Werkstätten für behinderte Menschen und Justizvollzugsanstalten mit knapp 320.000 Menschen für die Industrie als verlängerte Werkbank arbeiten. Bei Menschen mit multiplen Problemen, die weder schwerstbehindert sind, noch in Strafvollzugsanstalten einsitzen, werden Erkenntnisse, wie „Arbeit und Teilhabe wirkt gesellschaftlich integrierend“ oder „Arbeitslosigkeit macht krank und verursacht hohe Kosten“ nicht angewendet und das System der Beschäftigungshilfe wird immer wieder in Frage gestellt.

Dass Menschen mit multiplen Problemlagen keine Arbeit haben und trotz der Fördermöglichkeiten von den Unternehmern nicht in Arbeit gebracht werden, hat sehr viel mit Ökonomisierung, Shareholder value und mit Marktversagen zu tun. Der Markt regelt es eben nicht.

Vielfach formulieren Anhänger der klassischen Wirtschaftstheorie: bei sinkenden Löhnen und weniger Transferleistungen würde ein ausgeglichenes Marktverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage eintreten und die Arbeitslosigkeit ein Randphänomen werden. Aus Sicht der reinen Lehre lässt sich die These sogar modellhaft beweisen. Es ist und bleibt aber Theorie und entspricht nicht der praktischen Lebenserfahrung. Einerseits will diese Gesellschaft aus der Verantwortung für den Einzelnen und aus Schutz für viele keine großen sozialen Abstände haben - dafür treten wir als Unternehmen auch vehement aus christlicher Verantwortung ein - andererseits verhalten sich Menschen, die nichts zu verlieren haben, anders als „theoretisch“.

Die Zusammenhänge zwischen sozialem Druck, Kürzungen, Sanktionen auf der einen Seite und Kriminalität, Unsicherheit und Verrohung der Gesellschaft auf der anderen Seite, mögen nicht empirisch belegt sein, sind aber beobachtbar und spürbar. Erlebnisberichte gibt es viele, z.B. wuchs der Etat für Sicherheit in dem Bundesland Hamburg deutlich, nachdem der damalige Innensenator Schill ausgrenzende Sozialpolitik betrieben hatte.

Kurzum, der Markt wird durch staatliche Eingriffe gesteuert und ausgeglichen. Auch in der jüngsten Wirtschaftskrise hat der Staat durch Eingriffe Schlimmeres zu verhindern versucht. Milliarden flossen an Unterstützungen, u.a. für die Automobilindustrie, der Finanzierung des Kurzarbeitergeldes und den Konjunkturpaketen insgesamt. Der soziale Bereich bzw. die freie Wohlfahrtspflege hat von den Milliarden kaum profitiert. Es mag eine besondere Form der Ironie sein, das Geld ging an die Wirtschaftszweige, die bisher immer Staatseingriffe und Subventionen vehement abgelehnt haben. Es ist zu befürchten, dass die Rückzahlung im wesentlichen durch Reduzierung von Sozialleistungen erfolgt.

Es ist mitnichten so, dass außerhalb der Sondersituation „Wirtschaftskrise“ Subventionen ausnahmslos nur im gemeinnützigen Bereich gewährt werden. Hauptprofiteure sind andere. Sogar das ehrbare Handwerk profitiert in Größenordnungen von Subventionen. Durch die Möglichkeit, Rechnungen steuerlich geltend zu machen und direkt von der Steuerschuld abzuziehen, erhält das Handwerk seit 2007 einen Vorteil, der den Staat viel Geld kostet. Eine andere nicht benannte aber gravierende Beobachtung ist die Tatsache, dass sich neben der Wirtschaft seit knapp zehn Jahren staatliche bzw. kommunale Unternehmen, wie Stadtwerke, DB, Telekom oder Post durch und durch ökonomisch verhalten. Dort werden die Beschäftigungsmöglichkeiten für Einfachqualifizierte und Menschen mit Problemlagen immer geringer und sie werden aus dem System gedrängt. Früher gab es unausgesprochene Beschäftigungsaufträge an diese Unternehmen, die Bahn bildete Jugendliche aus, die kaum Chancen auf dem Markt hatten usw. Die Kehrseite der Ökonomisierung der staatlichen Unternehmen ist der Verlust an Einfacharbeitsplätzen und eine weitergehende Sozialisierung der damit verbundenen Kosten.

Unsere Erfahrung ist, Unternehmen stellen die meisten Menschen, mit denen die Neue Arbeit arbeitet, nicht ein, auch wenn es Bedarf an Arbeitskräften und Subventionen gibt. Die mitgebrachten Problemlagen der Menschen sind störend, können oft nicht gehandhabt werden und führen trotz Subvention unter dem Strich zu Verlusten. Diese Entwicklung ist für uns nichts Neues - es wird aber immer wieder in der Diskussion ausgeblendet. Aktuell wird der beschriebene Aspekt wieder nachdrücklich durch die Ergebnisse der Förderung nach § 16e SGB II bestätigt. Trotz einer für jedes Unternehmen zugänglichen Förderung mit einem unbefristeten Volumen von bis zu 75% der Personalkosten, nehmen die gewerblichen Betriebe dieses Angebot nicht an. Nur knapp 5% haben die Chance genutzt - 95% der Menschen sind bei Sozialunternehmen beschäftigt. Ohne den Zuschuss könnten Unternehmen wie die Neue Arbeit die Menschen nicht beschäftigen, dafür ist die Leistungsfähigkeit und der soziale Betreuungsaufwand zu eingeschränkt.

Auf Grund der komplizierten Materie und der Verführung mit plakativen und einfachen Darstellungen Politik zu machen, wird auch in Zukunft immer wieder eine solche Auseinandersetzung an der Tagesordnung sein. Die Neue Arbeit hat es sich nicht ausgesucht, aber wir sind bereit, das Thema „öffentliche Beschäftigung“ nochmals politisch zu forcieren und endlich von der Politik eindeutige Bekenntnisse abzuverlangen.

Wenn es gesellschaftlicher Konsens ist, benachteiligte Menschen zu integrieren, dann muss es Möglichkeiten der sinnvollen und nicht sinnentleerten Beschäftigung geben. Die Alternative ist, Menschen auf niedrigstem Niveau, gerade so - dass sie nicht verhungern - zu alimentieren und sich selbst zu überlassen. Diese Variante stellt für uns als Christen keinen akzeptablen Entwurf der Gesellschaft dar und widerspricht auch humanistischen bzw. sozialistischen Ansätzen im Kern.

Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass die Mitarbeitenden der Neuen Arbeit sehr engagiert und empathisch die wichtige und gesellschaftlich notwendige Aufgabe sehr gut erfüllen.

Für die zahlreichen unterstützenden Bemerkungen der Kooperationspartner, Förderer und Mitstreiter möchten wir uns sehr herzlich bedanken. Die evangelische Arbeitshilfe in Stuttgart gibt Menschen seit über 50 Jahren berufliche und private Perspektiven. Diesem Auftrag gilt weiterhin unser ungeteiltes Engagement.

Sozialunternehmen
NEUE ARBEIT gGmbH

(gez.) Marc Hentschke
Geschäftsführer